

+ 72

Petra Kuhn
SVP
Wäldistrasse 18
8274 Tägerwilen

Brigitte Kaufmann
FDP
Emeligarten 16
8592 Uttwil

Marianne Raschle
CVP
Zelgstrasse 6
8280 Kreuzlingen

EINGANG GR <i>11. März 2020</i>			
GRG Nr.	<i>16</i>	<i>170 48</i>	<i>495</i>

Motion

„Stopp der Diskriminierung unserer KMU im Beschaffungswesen“

Der Regierungsrat wird **beauftragt**, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der das im totalrevidierten Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB) neu aufgenommene Zuschlagskriterium **«Berücksichtigung der unterschiedlichen Preisniveaus in den Ländern, in welchen die Leistung erbracht wird»** enthält (Art. 29, Abs. 1, BöB).

Begründung

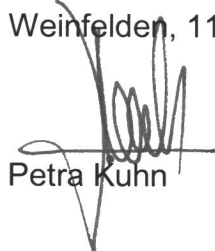
Nach heutigem Beschaffungsrecht werden in der Schweiz produzierende Unternehmen gegenüber der ausländischen Konkurrenz diskriminiert. Bietet ein ausländisches Unternehmen ein Produkt zu einem tieferen Preis an, erhält es bei sonst gleichen Bewertungen den Zuschlag. Es wird nicht berücksichtigt, dass die Produktionskosten im Ausland teils sehr viel tiefer sind als in der Schweiz. Die Folgen: Aufträge müssen ins Ausland vergeben werden! Unsere heimischen Betriebe werden bestraft und über kurz oder lang gezwungen, ihre Produktion einzustellen oder ins Ausland zu verlegen. In der Schweiz gehen Arbeitsstellen, Ausbildungsplätze und Steuereinnahmen verloren.

National- und Ständeräte haben diesen Missstand erkannt und bei der Totalrevision des BöB ein Preisniveau-Zuschlagskriterium aufgenommen. Offerten aus unterschiedlichen Ländern sollen neu mit gleich langen Ellen gemessen werden. Ist das Preisniveau in einem Land beispielsweise um 20% tiefer, muss der Anbieter aus diesem Land auch zu einem 20% tieferen Preis offerieren, um beim Zuschlagskriterium «Preis/Preisniveau» gleich gut wie das Schweizer Angebot abzuschneiden.

Die Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren Konferenz BPUK, in welcher auch unsere Regierung vertreten ist, lehnt nun genau diese, **für unseren Kanton mit seinen vielen gewerblichen KMU wichtige Bestimmung** ab! Damit wird das wesentliche Ziel der BöB-Gesetzesrevision, nämlich **Stopp der Diskriminierung des einheimischen Gewerbes sowie Harmonisierung im Beschaffungswesen**, unterlaufen. Für uns ist die Haltung der Kantonsregierungen unverständlich. Die Kaukraftklausel stärkt das einheimische Gewerbe und seine Arbeits- und Ausbildungsplätze. Sie schafft gleich lange Spiesse für unsere Betriebe und sichert deren Zukunft.

Wir fordern deshalb die Aufnahme der Preisniveau-Klausel in die kantonale Beschaffungsgesetzgebung analog BöB, Art. 29, Abs. 1.

Weinfelden, 11. März 2020



Petra Kuhn

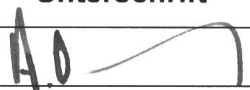
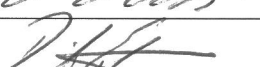
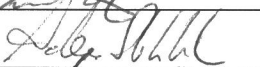
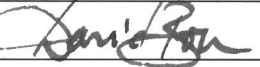
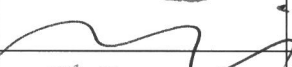
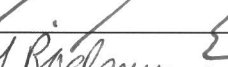
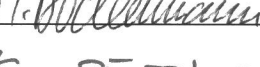
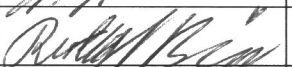
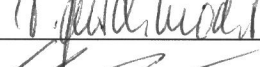
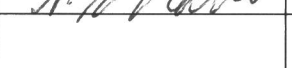
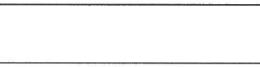


Brigitte Kaufmann



Marianne Raschle

Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner der Motion von Petra Kuhn, Brigitte Kaufmann und Marianne Raschle
„Stopp der Diskriminierung unserer KMU im Beschaffungswesen“

Name / Vorname (in Blockschrift)	Unterschrift	Name / Vorname (in Blockschrift)	Unterschrift
1 Opprecht Andreas		26	
2 Nansen Roland		27	
3 Ken Ruth		28	
4 Grütter Guido		29	
5 Lüscher Bruno		30	
6 Vögeli Max		31	
7 Eugster Daniel		32	
8 Stobbe Lukas		33	
9 Bon David H.		34	
10 Frei Alex		35	
11 PETZ U.S. GOND		36	
12 Hug Patrick		37	
13 BOENKANN MASA		38	
14 Zürcher Käthi		39	
15 Hans Fenz		40	
16 Rudolf Bär		41	
17 WYSS ROBERT		42	
18 Wüst Ivan		43	
19 Thiele Fischbacher		44	
20 Mader Christian		45	
21 Schenk Peter		46	
22 Modörin Lukas		47	
23		48	
24		49	
25		50	